

Start für nationales Gemeinschaftsprojekt

Die Zukunft hat begonnen

Der beschleunigte Umstieg auf die Erneuerbaren Energien ist beschlossene Sache. Auf Initiative der christlich-liberalen Regierung vollzog der Bundestag am Donnerstag wichtige Änderungen an acht Gesetzen. Das Ergebnis der wochenlangen Beratungen ist ein umfassendes energiepolitisches Konzept. Die Regierung legt darin auch die Grundlagen für eine Erweiterung des Stromnetzes und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Deutschland baut seine Vorreiterrolle als Markt für Erneuerbare Energien aus. Der Deutsche Bundestag besiegelte am Donnerstag mit breiter Mehrheit die Beschleunigung des Umstiegs auf die Nutzung regenerativer Energieträger. Ihre Marktfähigkeit soll gezielt forciert werden. Die letzten Kernkraftwerke sollen hierzulande, so wurde es nun festgeschrieben, im Jahr 2022 vom Netz gehen. Sieben Kraftwerke werden somit früher abgeschaltet als im Jahr 2000 von der rot-grünen Regierung angestrebt.

Im Unterschied zum sogenannten Atomausstieg der Regierung Schröder lässt der neue Beschluss des Deutschen Bundestages außerdem keine Übertragung von Reststrommengen zwischen verschiedenen Kraftwerken zu. Die christlich-liberale Koalition definierte vielmehr für jedes einzelne Kraftwerk ein festgelegtes Abschaltdatum. Ein wichtiges Signal an Investoren: Sie können somit verlässlich kalkulieren, wann wo wie viel Strom aus regenerativen Energien benötigt werden wird. Damit legt die unionsgeführte Bundesregierung ein wichtiges Fundament für einen sich selbst tragenden, wirtschaftlichen Umstieg auf neue Energieträger.

In dieselbe Richtung zielt das Netzausbaubeschleunigungsgesetz. Es soll die Planungs- und Bauzeiten für neue Stromtrassen halbieren. Bisher dauerte der Bau

einer neuen Leitung aufgrund der hohen Regulierungsdichte rund acht bis zehn Jahre. In der Plenardebatte vor der Abstimmung über die Gesetzesentwürfe wurde deutlich, wie schwer den Grünen ein klares Bekenntnis zum Ausbau der für den Umstieg notwendigen Infrastruktur fällt. Im sogenannten Atomausstieg hatte Rot-Grün keine vergleichbaren Vorbereitungen getroffen. Gleichzeitig traf die christlich-liberale Koalition Vorsorge für die energieintensive Industrie. Hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland hängen davon ab, dass Strom jederzeit und zu bezahlbaren Preisen verfügbar ist. Daher ebnete die unionsgeführte Regierung den Weg zu einer Ausgleichsregelung für die betroffenen Betriebe.

Deutschland blickt voraus

Redner von Union und FDP betonten den Gemeinschaftscharakter des Umstiegsprojekts. „Wer den Ausstieg will, muss beim Umstieg mitmachen und darf Notwendiges nicht blockieren. Der Umstieg geht jeden an, alle werden dabei gebraucht“, betonte Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. In diesem Sinne hatte sich Frau Hasselfeldt erfolgreich dafür eingesetzt, dass es künftig regelmäßige Fortschrittsberichte über den Umstieg geben wird. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen auf diese Weise jährlich darüber informiert werden, wie viel des Weges in die energiepolitische Zukunft jeweils zurückgelegt sein wird und welche Schritte folgen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die Proteste gegen das europäische Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“ haben eine neue Qualität erreicht. Die jüngsten Demonstrationen waren gewalttätig. Mehrere Polizisten wurden verletzt, einer davon schwer. Ich bedaure diese Entwicklung zutiefst. Es ist tragisch, dass die grün-roten Wahlkämpfer Hoffnungen geweckt haben, die sie als Regierende nicht erfüllen können. Nachdem auch der Stresstest die Notwendigkeit von „Stuttgart 21“ unterstrichen hat, bleibt Ministerpräsident Kretschmann keine Wahl: Er muss die Lücke in der europäischen Bahntrasse Paris-Budapest wie vereinbart schließen.



Auch in Berlin fehlt den Grünen eine klare Linie: Ihre wechselnde Haltung zum beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien hat sie viele Sympathien gekostet. Selten war so deutlich zu erkennen, wie viel Taktik hinter den angeblich grünen Positionen steckt. Wochenlang stellte sich die Parteispitze gegen den wegweisenden Beschluss der Koalition. Auf dem Parteitag warb die Vorsitzende Roth dagegen um Zustimmung und hob hervor, dass die christlich-liberale Version des Ausstiegs aus der Kernenergie verlässlicher sei als die überholte Vereinbarung zwischen Rot-Grün und den Energieerzeugern. Nun gebe es „kein Gezockel mehr über die Restlaufzeiten, mit dem die Dinger bis etwa 2026 hätten laufen können.“

Doch damit nicht genug der Positionswechsel. Auch in Rheinland-Pfalz herrscht Enttäuschung über die Grünen. Jahrzehntlang hatten sie den Widerstand gegen den Bau der Hochmoselbrücke angeführt. Als Regierungspartei sehen die Grünen die Dinge nun auf einmal völlig anders: Binnen weniger Tage gaben sie ihre Haltung auf. Auf diese Grünen ist einfach kein Verlass.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Reinhard Brandl MdB

Deutschland braucht Mindestspeicherfristen

Der Druck nimmt zu

Die deutschen Innenminister, die EU und Experten sind sich einig: Eine Minimalfrist zur Speicherung von Kommunikationsdaten ist für die Innere Sicherheit Deutschlands unerlässlich. Weil das Justizministerium eine Lösung blockiert, musste Brüssel jetzt sogar ein offizielles Verfahren gegen die Bundesrepublik eröffnen.

Das Fehlen von Mindestspeicherfristen für Kommunikationsdaten in Deutschland hat nun Konsequenzen: Die Europäische Union hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet. Eine EU-Richtlinie von 2006 fordert von allen Mitgliedstaaten die sechs Monate währende Speicherung von Informationen über den Zeitpunkt und die Teilnehmer von Telefongesprächen. Damit zog die EU die Konsequenz aus der Weiterentwicklung des Kommunikationsmarkts: Früher sicherten die betreffenden Unternehmen sämtliche Verbindungsdaten zu Abrechnungszwecken. Bei Gefahr in Verzug konnte somit ermittelt werden, mit wem ein Verdächtiger

in Kontakt steht. Heute sind Prepaid- und Flatrate-Verträge weit verbreitet; somit fehlen wichtige Informationen zur Bekämpfung von Terrorgruppen und Bandenkriminalität.

Während sich das Bundesjustizministerium weiterhin gegen eine Umsetzung der Richtlinie versperrt, haben sich die deutschen Innenminister erneut deutlich positioniert: Auf ihrer letzten Konferenz sprachen sie sich zum wiederholten Mal geschlossen für eine Umsetzung der EU-Richtlinie aus. In diesem Punkt ist sich Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich mit seinen Amtskollegen aus den Ländern über alle Parteigrenzen hinweg einig.

Unterstützung erhält Friedrich auch vom Deutschen Richterbund, dessen Vorsitzender am Donnerstag bekräftigte: „Die Vorratsdatenspeicherung ist für die Strafverfolgung dringend notwendig. Der Gesetzgeber muss die Neuregelung endlich umsetzen.“ Die bisher vom Bundesjustizministerium vorgelegten Ansätze greifen jedoch deutlich zu kurz und sind zudem nicht praxistauglich. Nach Eröffnung des EU-Verfahrens gegen Deutschland drohen daher neben erheblichen Auswirkungen auf die Strafverfolgung nun auch finanzielle Strafen. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird sich weiterhin entschlossen für eine tragfähige Lösung einsetzen.

Diese Woche

Start für nationales Gemeinschaftsprojekt Die Zukunft hat begonnen	1
Deutschland braucht Mindestspeicherfristen Der Druck nimmt zu	2
Lehren aus der Krise Koalition für klare Regeln	2
Arbeitsmarkt profitiert vom Aufschwung Beschäftigung auf Rekordniveau	3
Vorgaben des Verfassungsgerichts befolgt Koalition stärkt Parlament	4
Innere Sicherheit gestärkt Anti-Terror-Gesetze werden verlängert	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Lehren aus der Krise

Koalition für klare Regeln

Drei Jahre nach Beginn der schwersten Finanzkrise seit Generationen zieht die Union Bilanz: Wichtige Änderungen wurden umgesetzt, andere sind auf dem Weg. Die christlich-liberale Koalition setzt sich neue Ziele.

Zufrieden, aber nicht selbstzufrieden – so kann das Urteil von CDU und CSU über den eigenen Beitrag zur Bewältigung der Finanzmarktkrise zusammengefasst werden. Im Rahmen eines Kongresses zu Fragen der Finanzmarktregulierung zog die Union Bilanz über ihre Leistungen auf diesem Feld. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt und Fachpolitiker der Fraktion nahmen sich ausführlich Zeit zum vertieften Dialog mit Experten. Die beteiligten Politiker der Union nutzten die Gelegenheit, um ihr eigenes Handeln in den vergangenen Jahren zu hinterfragen.

Bundeskanzlerin Merkel bekannte, in der Krise auch hinzugelernt zu haben. Eine Lehre aus den Ereignissen sei etwa, dass man künftig noch globaler denken müsse. In diesem Zusammenhang bat sie auch um Vertrauen für die Abgeordneten des Bundestages, die gleichzeitig die

Sünden der Vergangenheit beseitigen und die Finanzmarkt-Architektur der Zukunft aufbauen müssten. Frau Hasselfeldt hob hervor, wie besonnen die unionsgeführte Regierung in der Krise agiert habe. Sie zeigte sich davon überzeugt, dass die Politik auch bei der Euro-Stabilisierung richtig handle.

Gleichzeitig hält die christlich-liberale Koalition aber noch weitere Änderungen des internationalen Finanzmarktsystems für notwendig. Am Donnerstag brachten Union und FDP daher einen Antrag in den Bundestag ein, mit dem die Regierung zu wichtigen Schritten aufgefordert wird. So soll sich Deutschland für die Umsetzung der bereits gefassten internationalen Beschlüsse in allen beteiligten Staaten einsetzen. Klare und verlässliche Regeln sollen dem internationalen Finanzmarkt eine stabilere Struktur geben. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, CSU und FDP angenommen.

Arbeitsmarkt profitiert vom Aufschwung

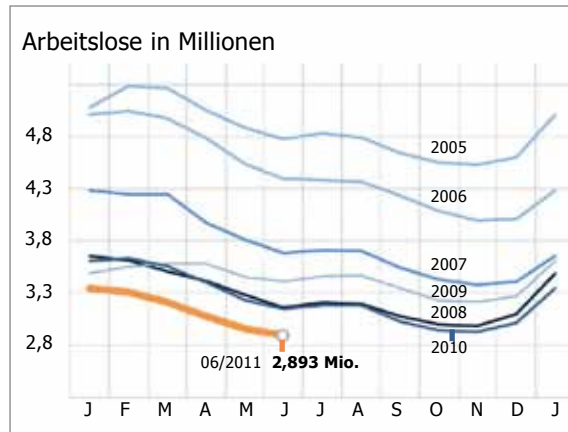
Beschäftigung auf Rekordniveau

Historische Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Im Juni waren erneut mehr Menschen erwerbstätig als einen Monat zuvor, die Arbeitslosenquote sank auf ein Rekordtief. Ein Ende des Trends ist nicht absehbar – die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt vielmehr weiter an.

Der positive Trend auf dem Arbeitsmarkt hält an. Im vergangenen Monat gab es eine Viertelmillion Erwerbslose weniger als ein Jahr zuvor. Das gab die Bundesagentur für Arbeit (BA) am Donnerstag in Nürnberg bekannt. Gleichzeitig nahm die Erwerbstätigkeit weiter zu. Allein die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter stieg zuletzt um 47.000 an. Damit erzielt Deutschland auch im internationalen Vergleich ein Spitzenergebnis. Während die Erwerbstätigenquote in der Europäischen Union 2010 auf durchschnittlich 68,6 Prozent gesunken war, gehen hierzulande 74,9 Prozent der arbeitsfähigen Menschen einer Beschäftigung nach.

Besonders erfreulich stellt sich die Entwicklung in Bayern dar: Dort sind nur noch 235.000 Menschen ohne Arbeit. Die Erwerbslosenquote sank

auf 3,5 Prozent – ein Wert, der Nahe an der Grenze zur Vollbeschäftigung liegt. Der Leiter der bayerischen



Arbeitsagenturen, Ralf Holtzwardt, stellte am Donnerstag fest: „Das ist der niedrigste Wert, der jemals für ein Bundesland auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen ermittelt wurde.“ In allen bayerischen Regierungsbezirken liegt die Arbeitslosenquote deutlich

unter dem Bundesdurchschnitt. Doch auch der gesamtdeutsche Wert kann sich sehen lassen: Die bundesweite Erwerbslosenquote sank auf 6,9 Prozent. Seit 20 Jahren – und somit seit der Zeit der Wiedervereinigung – lag dieser Wert nicht mehr niedriger.

Auch in den kommenden Monaten ist mit einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen: Die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg nach Angaben der BA sogar auf einen Rekordwert. Der Wert des entsprechenden Index nahm im Juni von 165 auf 168 Punkte

zu. Ein solches Niveau hatte der Index seit seiner Einführung im Jahr 2004 noch nie erreicht. Aktuell seien viele Unternehmen auf der Suche nach neuen Mitarbeitern, um ihre hohen Auftragsbestände abarbeiten zu können, so die BA.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Von einem...

Während die demokratischen Fraktionen im Bundestag über Sachthemen diskutieren, zerlegt sich die Linkspartei seit Wochen über die Frage, wie antisemitisch sie ist. Kürzlich sorgte der unter viel Streit gefasste Beschluss, sich nicht an der völkerrechtswidrigen „Gaza-Flottille“ gegen Israel zu beteiligen, links außen in der Fraktion für Unmut. Nun hat der Parteivorsitzende Klaus Ernst zunächst gegen den Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, geätzt und später einen „Fraktionsfreund“ so niedergemacht, dass eine ganze Gruppe von Abgeordneten beleidigt abgezogen ist. Links außen, rechts außen – das scheint den Rostrotten wurscht zu sein. Es gilt offenbar die alte Formel: Kommunisten sind rot lackierte Faschisten.

...Extrem...

Seit ihrer Gründung „leiden“ die Grünen unter dem Faktum, dass zwischen ihren Forderungen und der Wirklichkeit oft meilenweit Platz ist. Jüngstes Beispiel: Die Partei ist zwar gegen Autofahrer und für eine Null-Promille-Grenze – nun aber wurde der Berliner Wahlkampfmanager von Renate Künast, André Stephan, nach einer Trunkenheitsfahrt im Mietwagen von der Polizei aus dem Verkehr gezogen. Stephan, früher PDS-Mann und heute grüner Direktkandidat bei den Wahlen im Herbst, trat daraufhin nach einem Beamten und faselte von seiner gesellschaftlichen Bedeutung. Die ist indes massiv geschrumpft: Als Wahlkampfmanager und Landesgeschäftsführer von der Partei suspendiert, ist er zurzeit vor allem für die Berliner Staatsanwaltschaft interessant.

...ins andere...

Hans-Christian Ströbele unterscheidet sich in einem wichtigen Punkt von seinen grünen Parteifreunden: Er ist nicht gegen alles. Zwar kämpft er gegen den beschleunigten Umstieg auf die Erneuerbaren und schwarz-rot-goldene Fahnen, aber für die Freigabe illegaler Drogen und für das Absingen der deutschen Hymne auf Türkisch. Just dieser Ströbele stand nach Presseberichten in E-Mail-Kontakt mit einem Islamisten, den das Bundeskriminalamt seit Monaten sucht und in Somalia vermutet. Ströbele und der Extremismus – eine nie endende Beziehung. Zuerst verteidigte er RAF-Terroristen, dann wechselte sein enger Mitstreiter Horst Mahler von der linken in die rechte Szene. Extremisten, Verfassungsfeinde, Bombenleger – dieser Menschenschlag scheint Ströbele zu liegen.

Vorgaben des Verfassungsgerichts befolgt

Koalition stärkt Parlament

Wichtige Änderung des Wahlrechts: Das sogenannte negative Stimmengewicht gehört bald der Vergangenheit an. Union und FDP folgten mit einem entsprechenden Gesetzesentwurf den Vorgaben des Verfassungsgerichts. Die Koalition behebt damit vorliegende Mängel, tastet die Substanz des bewährten Wahlsystems aber nicht an.

Geht ein Bürger zur Wahl, will er die Partei, für die er sich entschieden hat, unterstützen und ihr ein möglichst gutes Ergebnis beschreiben. Doch bei einigen der letzten Bundestagswahlen gab es auch den gegenteiligen Effekt: Stimmen für eine Partei sorgten dafür, dass die gewählte politische Kraft letztendlich schwächer im Parlament vertreten war. Ursache war das sogenannte negative Stimmengewicht, das bei der komplizierten Verrechnung der einzelnen Ergebnisse aus den Bundesländern zu diesem unerwünschten Ergebnis führte. Das soll nun ein Ende haben. Die Fraktionen von Union und FDP brachten in dieser Woche eine entsprechende Änderung des Wahlgesetzes auf den Weg. Damit folgt die christlich-liberale Koalition einer Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts, das das negative Stimmengewicht bemängelt hatte.

Den Koalitionsfraktionen lag es bei den Vorarbeiten für die Gesetzesänderung am Herzen, das bewährte deutsche Wahlrecht so wenig wie möglich zu verändern. Die Kombination aus Persönlichkeits- und Verhältniswahlrecht hatte in den vergangenen Jahrzehnten Nachahmung auf der ganzen Welt gefunden. Sie gewährleistet, dass es überall in Deutschland direkt gewählte Abgeordnete gibt, der Wählerwille aber gleichzeitig eine faire Repräsentation im Parlament findet. Dabei wird es nach dem Willen von Union und FDP bleiben.

Am Ende wochenlanger Überlegungen zu dieser hochkomplexen Frage konnte ein Weg gefunden werden, ein negatives Stimmengewicht für die Zukunft auszuschließen. Künftig soll zuerst festgelegt werden, wie viele Abgeordnete aus

den einzelnen Bundesländern in das Parlament einziehen werden. Die Verteilung auf die Parteien soll erst in einem zweiten Schritt erfolgen. So wird sichergestellt, dass es bei keiner späteren Verrechnung zwischen den Ländern zu widersprüchlichen Effekten kommen kann.

Positive Begleiterscheinung dieser Wahlrechtsänderung: Künftig werden die Bundesländer untereinander im Wettbewerb um hohe Wahlbeteiligungen stehen. Da die Zahl der Wähler für die Verteilung der Mandate zwischen den Ländern entscheidend sein wird, hat jedes von ihnen ein erhöhtes Interesse an einer regen Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Stärkung des bewährten Wahlsystems, Stärkung des Anreizes zur Wahl: Das neue Wahlrecht ist ein Gewinn für die ganze Demokratie.

Innere Sicherheit gestärkt

Anti-Terror-Gesetze werden verlängert

Schlechte Nachricht für Terror-Planer: Auch künftig wird Deutschland ihnen wirksam entgegentreten können. Am Dienstagabend einigten sich der Bundesinnenminister und die Bundesjustizministerin auf die Verlängerung von Eingriffsbefugnissen aus den bisher nur befristet geltenden Anti-Terror-Gesetzen um weitere vier Jahre.

Dr. Hans-Peter Friedrich nimmt seine Verantwortung für die Innere Sicherheit Deutschlands ernst. Bis zuletzt rang er mit der Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger um den bestmöglichen Kompromiss zur Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze. Diese Gesetze ermöglichen es den Geheimdiensten, in begründeten Fällen Einblick in den Bank- und Postverkehr von Terrorverdächtigen zu nehmen. Am Dienstag kam es in einem Vieraugengespräch der beiden Minister nun zu einer Einigung. Die überwiegende Mehrheit der Gesetze, die die rot-grüne Regierung nach dem 11. September 2001 auf den Weg gebracht hatte, wird um weitere vier Jahre verlängert. Auch bisher waren die Gesetze je befristet beschlossen worden. Friedrich lobte

das Verhandlungsergebnis: „Mit der nun beschlossenen Einigung werden



Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger stellen ihr Verhandlungsergebnis vor.

Bild: Hans-Joachim Rickel

wir auch künftig in der Lage sein, Terroristen wirksam entgegentreten.“

Zuletzt waren die einzelnen Maßnahmen intensiv geprüft worden. Als Friedrich im März vom Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zum Minister wurde, setzte er die bereits damals seit Monaten laufenden Verhandlungen mit der Justizministerin fort. Nun wurde eine Einigung erzielt, die auch den CSU-Innenminister zufriedenstellte.

Friedrich zeigte sich erfreut darüber, dass er sich mit Frau Leutheusser-Schnarrenberger sogar auf zwei Effizienzsteigerungen einigen konnte. Dabei geht es um Vereinfachungen des Abfrageprozesses von Fluggast- und Bankdaten. Er betonte, dass es sich in beiden Fällen um „keine neue Befugnis, sondern um eine Ergänzung der bisherigen“ handle.